

Rieser Tagesblatt



Drahtanschrift
Tagesblatt Rieser,
Bismarck Str. 20,
Postfach Nr. 52.

und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Das Rieser Tagesblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großhain, des Amtsgerichts und der Anwaltschaft beim Amtsgericht Rieser, des Rates der Stadt Rieser, des Finanzamts Rieser und des Hauptpostamts Meißen beförderlicherseits bestimmte Blatt.

Postkonten:
Dresden 1330,
Telefon:
Rieser Nr. 52.

Nr. 202.

Montag, 29. August 1932, abends.

85. Jahrg.

Das Rieser Tagesblatt erscheint jeden Tag abends 7/8 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. **Bezugspreis**, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 2 Mark ohne Zustellgebühr, durch Postbezug RM 2.14 einschl. Postgebühr (ohne Zustellgebühr). Für den Fall des Eintretens von Produktionsveränderungen, Erhöhungen der Löhne und Materialpreise behalten wir uns das Recht der Preis-erhöhung und Nachforderung vor. **Anzeigen** für die Nummer des Ausgabestages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für die 39 mm breite, 3 mm hohe Grundschriftzeile (8 Silben) 25 Gold-Pfennige; die 89 mm breite Reklamezeile 100 Gold-Pfennige; zeitraubender und tabellarischer Satz 50%. Aufschlag, feste Tarife. Bewilligter Rabatt erlischt, wenn der Betrag verfällt, durch Rüge eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Rieser. Wichtige Unterhaltungsbeilage „Erzähler an der Elbe“. — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Rieser- oder der Vertriebsanstalten — hat der Besteller keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises.
Rotationsdruck und Verlag: Langner & Winterlich, Rieser. **Geschäftsstelle: Goethestraße 59.** Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Uhlmann, Rieser; für Anzeigenteil: Wilhelm Dittich, Rieser.

Ankurbelung der Wirtschaft.

Die große Rede des Reichskanzlers in Münster. 2 Milliarden für Arbeitsbeschaffung. Steuerliche Erleichterungen.

Die Pläne der Reichsregierung

Münster, 29. August.

Auf der Tagung des Westfälischen Bauernvereins in Münster hielt Reichskanzler von Papen seine mit großer Spannung erwartete Rede, in der zum ersten Mal die Defensivität von dem Inhalt des langberatenen Wirtschaftsprogramms der Reichsregierung erfuhr. Nach der eingangs abgegebenen Erklärung, daß die Aufgabe der gegenwärtigen Regierung sich nicht auf wirtschaftliche oder politische Einzelarbeiten beschränke, sondern daß die Regierung für einen Neuaufbau des deutschen Staates den Grund legen wolle, behandelte der Kanzler

die Urteile von Ohlau und Beuthen

Den Urteilen in Ohlau und Beuthen sei von Rechts und von Links ein Sturm gegen die gleichmäßige Handhabung des Rechts gefolgt. Beide Seiten verlangten, den politischen Gegner außerhalb der Volksgemeinschaft und außerhalb des Rechts zu stellen. Im politischen Kampf sollten Todschlag und Rache erlaubt, der Gegner vogelfrei sein. Objektivität gelte als Schimpf. Solcher Verwilderung der politischen Moral entgegenzutreten, ist die Pflicht der Staatsgewalt. Er kenne kein Recht, das nur Kampfmittel einer Klasse oder einer Partei ist. Es sei die Tradition Preußens von seinen Königen her, daß nur der zur Führung der Nation zugelassen werden kann, der sich freiwillig in ihre Gesetze einordnet.

Diese Regierung habe vom ersten Tage an das Ziel verfolgt, der großen vaterländischen Freiheitsbewegung, deren historisches Verdienst um Deutschland jeder anerkennen müsse, den Weg zur positiven Mitarbeit am Neubau des Reiches vorzubereiten. Er könne nicht glauben, daß diese deutsche Freiheitsbewegung sich auf die Dauer in bewußten scharfen Gegensatz zu den Zielen einer Regierung stellen wird, deren Gedanken nur und ausschließlich auf Deutschlands Zukunft gerichtet sind. Sollte der Hader deutschen Blutes, der uns in den entscheidenden Stunden der Geschichte schon so oft um den Aufstieg und die Sammlung der Nation betrogen hat, auch heute stärker sein als unser Wille zu einer gemeinsamen nationalen Sammlung? Wenn man die Stimmen hört, die anlässlich der Urteile in Ohlau und Beuthen sich erhoben, müßte man es fast glauben.

Zu den Ansprüchen Hitlers

auf die Staatsführung erklärte der Kanzler, daß er dem Führer der NSDAP nicht das Recht anerkenne, die seinen Rahmen folgende Minderheit allein als die deutsche Nation anzusehen und alle übrigen Volksgenossen als Fremdwild zu behandeln. Wenn ich heute gegen Hitler und für den Rechtsstaat, für die Volksgemeinschaft und für eine autoritative Staatsführung einträte, so verfolge ich und nicht er, das Ziel, das Millionen seiner Anhänger im Kampfe gegen die Parteiherrschaft, gegen Willkür und Ungerechtigkeit jahrelang mit heiligem Herzen herbeigesehnt haben. Diese Regierung hat vom ersten Tage an das Ziel verfolgt, der großen vaterländischen Freiheitsbewegung, deren historisches Verdienst um Deutschland jedermann anerkennen muß, den Weg zur positiven Mitarbeit am Neubau des Reiches vorzubereiten. Ich kann nicht glauben, daß diese deutsche Freiheitsbewegung sich auf die Dauer in bewußten scharfen Gegensatz zu den Zielen einer Regierung stellen wird, deren Gedanken nur und ausschließlich auf Deutschlands Zukunft gerichtet sind. Soll der Hader deutschen Blutes, der uns in den entscheidenden Stunden der Geschichte schon so oft um den Aufstieg und die Sammlung der Nation betrogen hat, auch heute stärker sein als unser Wille zu einer gemeinsamen nationalen Sammlung? Wenn man die Stimmen hört, die anlässlich der Urteile in Ohlau und Beuthen sich erhoben, müßte man es fast glauben. Ich greife der Entscheidung über das Schicksal der fünf zum Tode Verurteilten nicht vor. Die Preussische Staatsregierung wird sie, unbeeinträchtigt von politischen Anwürfen, nach den Grundätzen der Gerechtigkeit treffen. Aber ich sage zugleich: Die Anerkennung des gleichen Rechts, das für alle deutschen Staatsbürger gilt, werde ich nötigenfalls erzwingen. (Beifall.) Ich bin fest entschlossen, die schwebende Waage des Bürgerkriegs auszurufen und den Zustand politischer Unruhe und politischer Gewalttaten zu beenden, die heute noch ein so großes Hindernis für die positive Arbeit sind, in der die eigentliche Aufgabe der Regierung besteht. (Beifall, anhaltender Beifall.)

Bei der Behandlung der praktischen Tagesfragen ging der Kanzler zunächst auf die

Rot der Landwirtschaft

ein. Er erklärte, daß die Landwirtschaft sich nicht allein von der Zollseite beleben lasse.

Die Regierung lehne den Gedanken einer grundsätzlichen Autarkie ab.

Aber die Grundlagen der Ernährung müßten im Binnenlande sichergestellt sein. Die Reichsregierung bekenne sich grundsätzlich zu der Notwendigkeit einer weiteren massvollen Regelung der Einfuhr und sie habe dahingehende Beschlüsse bereits gefaßt.

Für die Zwangsfrage, aus der heraus diese Maßnahmen ergriffen werden müßten, werden Inland und Ausland verständnis haben. Wenn die Deflation nicht beendet werden könne, so seien weitere Verluste des privaten Unternehmertums und der öffentlichen Wirtschaft nicht mehr aufzuhalten. Wir müßten deshalb den Versuch machen, das Steuer grundsätzlich heranzukommen.

Wenn der Grund zum Aufbau der Wirtschaft gelegt werden solle, so dürfe die Währung nicht gefährdet werden. Alle Eingriffe in die Sphäre der Privatwirtschaft lehne die Regierung ab. Die Regierung werde darüber wachen, daß die persönliche Verantwortung der freien Wirtschaft nicht durch Vermischung mit staatlichen Wirtschaftsformen verwischt werde. Wo der Staat in den letzten Jahren Anteile an bisher privaten Betrieben übernommen habe, werde er dafür sorgen, daß klare Verhältnisse geschaffen werden und daß der Allgemeinheit hier nicht nur die Lasten, sondern auch die Früchte der Arbeit zufallen. Für diese Unternehmungen werde dabei eine besondere staatliche Beaufsichtigung zur Wahrung der staatlichen Interessen eingeführt.

Der Reichskanzler legte dann den Plan dar, den die Regierung in den nächsten Tagen dem Reichspräsidenten vorzulegen wird.

Deutschlands zentrales Problem sei die Arbeitslosigkeit. Die Reichsregierung lasse selbstverständlich die bereits eingeleiteten Maßnahmen zur Arbeitsbeschaffung nicht aus den Augen. Ingesamt seien für diese Zwecke bereits 135 Millionen RM bereitgestellt. Es seien

weitere Hoffandsmaßnahmen

auf dem Gebiete der landwirtschaftlichen Siedlung, der vorstädtischen Kleinsiedlung, des Wohnungsbaus und der Hausreparaturen in Aussicht genommen. Dennoch liege sich die Regierung vollkommen klar darüber, daß es niemals gelingen werde, auf diesem Wege allein das wünschenswerte Ausmaß der Arbeitslosenverminderung zu erreichen.

Die Regierung sei entschlossen, in großem Rahmen den Versuch zu machen, durch eine

Belebung der Privatwirtschaft

zur Neueinstellung von Arbeitskräften und zur Verminderung der Zahl der Arbeitslosen zu gelangen. Es habe sich ein ungeheurer Bedarf an Erhaltungs- und Hoffandsarbeiten aufgestaut, der in die Milliarden gehe. Es müsse der erste Schritt sein, daß die gesamte Wirtschaft die Mittel erhalte, um dieses Verfallnis nachzuholen. Der Einsatz müsse genügend groß gemacht werden, damit die beabsichtigte Wirkung eintrete. Er werde sich auf eine Summe von mehr als zwei Milliarden Reichsmark belaufen, und zwar über die Summe hinaus, die für Hoffandsarbeiten und Arbeitsbeschaffung ausgeworfen sind.

Die Verhandlungen über die Durchführung dieses Programms in einzelnen und seine Finanzierung seien schon weit fortgeschritten. Insbesondere habe auch die Reichsbank ihre Mitwirkung zugesagt, wobei es sich um, von der Seite der Geldbeschaffung gesehen, nicht um eine Belastung etwa der Notenbank mit großen Beträgen, sondern im wesentlichen um die Heranziehung der in der Wirtschaft ohnehin vorhandenen, zur Zeit nicht für die Arbeit ausgenutzten Liquidität auf dem hierfür schon jetzt gegebenen Wege handele. Der Gedanke, diesen Betrag etwa über eine Zwangsanleihe zu finanzieren, sei abgelehnt worden. Beiträge in solcher Höhe würde die deutsche Wirtschaft, auch wenn die Zahlung über eine längere Zeit verteilt wäre, einfach nicht aufbringen können.

Ausgabe von Steueranrechnungsscheinen

Es sollten vielmehr für Teile besonders produktionshemmender Steuern, wie der Umsatzsteuer, der Realsteuer, der Gewerbesteuer und der Beförderungssteuer, die in der Zeit vom 1. Oktober 1932 bis 1. Oktober 1933 fällig und bezahlt werden. Steueranrechnungsscheine gegeben werden. auf

die in den Rechnungsjahren 1934 bis 1938 alle Reichssteuern mit Ausnahme der Einkommenssteuer bezahlt werden können. Es werde sich um einen Betrag von etwa 1500 Millionen RM handeln. Diese Scheine würden den Charakter eines Darlehens des einzelnen Pflichtigen an das Reich erhalten. Ihre Ausstattung werde es ermöglichen, sie sofort als Kreditmittel zu benutzen.

Sie werden daher eine Unterlage für die Hereinnahme und für die Durchführung neuer oder bisher zurückgestellter Aufträge für den aufgestauten Erhaltungsbedarf sein und dadurch die Möglichkeit schaffen, neue Arbeitskräfte in den Arbeitsprozess einzufügen.

Darüber hinaus wolle die Reichsregierung einen Betrag von weiteren 700 Millionen RM in Steueranrechnungsscheinen für solche Unternehmungen zur Verfügung stellen, die nachweisen, daß sie mehr Arbeitskräfte als bisher beschäftigen. Für jeden Neueingestellten soll auf Jahr gerechnet ein Betrag von 400 RM in Scheinen gegeben werden. Wird dieser Betrag voll ausgenutzt, so werden 1,75 Millionen Arbeiter mehr eingestellt werden können.

Würde dies gelingen, so würde das einen ganz großen vorwärtstreibenden Erfolg bedeuten. Diese Maßnahmen würden aber nur dann die Wirtschaft sofort in Gang bringen, wenn das Problem auch von der Seite der Arbeit angepackt werde. Es werde deshalb den Arbeitgebern gleichzeitig ein Anreiz zur Streckung der Arbeit durch Verteilung auf möglichst viele Arbeiter gegeben. Dieser Anreiz werde nur auf dem Gebiete der Entlohnung liegen können.

Der Reichskanzler kündigte weiter an, daß man den Arbeitgeber ermächtigen werde, wenn er mehr Arbeitskräfte einstelle, den Tariflohn in gewissem Umfange zu unterbrechen. Die Reichsregierung beabsichtige, das Tarifrecht und das Schlichtungsverfahren in seinem wesentlichen Inhalte aufrechtzuerhalten, für Sonderfälle aber im Verordnungswege Änderungen vorzunehmen. Alle diese Maßnahmen würden zunächst auf zwölf Monate betreffen.

Der Kanzler erklärte ferner, daß er im Reichstag eine politische Programmrede halten werde. Er verteidigte die Zusammenlegung von Landkreisen und kündigte weitere Maßnahmen auf dem Gebiete der Finanzreform und der Selbstverwaltungreform an. Um die Lage des akademischen Nachwuchses zu lindern, plane die Reichsregierung zunächst die Zwischenschaltung eines praktischen Jahres zwischen höherer Schule und Hochschule.

Dem Neubau auf allen Gebieten wird die Arbeit der nächsten Monate gewidmet sein. Sie kann nur geleistet werden durch eine autoritäre unabhängige Regierung. Aus dieser Überzeugung heraus halte ich es für meine Pflicht, Störungen dieses Werkes durch die Einflüsse der Parteien abzuwehren. Große Aufgaben im Dienste der Nation können nur von dem gelöst werden, der sich dem ganzen Volk und nicht nur einer Partei oder Klasse dienbar glaubt. Der Grundsatz der Reichsverfassung, „die Staatsgewalt geht vom Volke aus“, kann nicht bedeuten, daß diese Staatsgewalt dem tatsächlichen Spiel der Parteien im Parlament ausgeliefert werden soll. Und wenn heute von einer Koalition zwischen Zentrum und NSDAP gesprochen wird, an die ich nicht glauben kann, weil sie dem ganzen antiparlamentarischen Bekenntnis der Nationalsozialisten widerspricht, so wäre der geheime Grundgedanke solcher Koalition doch nur der, daß die eine Partei die andere zu vernichten wünscht. Ich frage, ob die Not des deutschen Volkes in diesen Stunden wirklich noch ein solches Nullspiel erträgt? Auf der anderen Seite denken wir nicht an eine Abweichung von den Grundgesetzen der Verfassung oder gar an einen Wechsel der Staatsform. Die Verfassung selbst hat in der Institution des Reichspräsidenten dem Spiele der Parteien gegenüber den ruhenden Pol geschaffen.

Unser Glaube an die Zukunft der Nation ist so unerschütterlich wie der jener Millionen, die einst auf den Schlachtfeldern für sie gekämpft haben.

Und deshalb rufe ich heute dem Lande zu: „Deut! nur an Deutschland.“ (Starker anhaltender Beifall.)

Nach der Kanzlerrede stammte Präsident Diekmann den Dank der Tagungsteilnehmer in beweglichen Worten an den Reichskanzler ab, worauf ein dreifaches Hoch auf das deutsche Vaterland folgte. Danach wurde das Deutschlandlied gesungen.

Anschließend begab sich der Kanzler unter hümmigen Hochrufen in das benachbarte Stadttheater, um auch an die dort Versammelten eine kurze Ansprache zu richten. Er